

Medienmitteilung vom 2. September 2009

FDP: Klares Ja zur IV-Zusatzfinanzierung

In Lachen fassten am Dienstagabend die Delegierten der FDP des Kantons Schwyz die Parolen zu den Abstimmungen vom 27. September. Dabei gab es vier klare Ja und vorgängig deutliche Worte von Parteipräsident Vincenzo Pedrazzini zur Libyen-Debatte.

«Es darf doch nicht wahr sein, dass das Schweizervolk und die heimischen Medien den Versuch von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz, die beiden Geiseln aus Libyen zurückzuholen, derart massiv kritisieren bevor alle Fakten bekannt sind», sagte FDP-Kantonalpräsident Vincenzo Pedrazzini am Dienstagabend zu Beginn der ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Lachen.

Zwei wirklich gute Kandidaten

«Ich bin entsetzt, dass wir unseren Bundespräsidenten und letztendlich unser Land so schlecht machen und gleichzeitig einen afrikanischen Diktator noch stärken», sagte Pedrazzini weiter. Anscheinend sei es leider eine Tendenz im geschwächten Selbstvertrauen der Schweiz, dass man sich selber immer schlechter und es sich beim Schimpfen über die Bundesräte sehr einfach macht. «Ein solches Verhalten schwächt auch unsere Position im internationalen Vergleich», sagte Pedrazzini weiter. Auch die Bundesrats-Ersatzwahlen vom 16. September nahm der Vizepräsident der FDP Schweiz zum Thema. Das Evaluationsverfahren hat der Wollerauer erstmals in der Parteileitung miterlebt und bezeichnet dies als spannende Erfahrung. Der Anspruch auf den zweiten Bundesrat sei bei der FDP, die in den kantonalen Parlamenten und in den Kantonsregierungen am meisten Sitze besetzt, mehr als legitim. «Und mit Didier Burkhalter und Christian Lüscher stellen wir zwei Kandidaten, die beide das nötige Profil und Rüstzeug für den Bundesrat hätten.»

Rechenfehler der Gegner

An der gut besetzten Delegiertenversammlung in Lachen wurden auch die Parolen zu den nationalen und kantonalen Abstimmungen vom 27.

September gefasst. Die grösste Gewichtung erhielt dabei die befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung. Dabei ging die FDP einen ungewohnten Weg. Das Eintretensreferat hielt mit Andreas Dummermuth, dem Leiter der Ausgleichskasse des Kantons Schwyz, eine kompetente Fachperson, die sich im beruflichen Alltag mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen befassen muss und entsprechend aus der Praxis berichten konnte. Und der Chefbeamte machte keinen Hehl daraus, dass die Zusatzfinanzierung zwingend notwendig ist. «Die soziale Sicherheit gehört genauso zur Infrastruktur eines Kantons wie ein gutes Verkehrsnetz, optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen und KMU's oder ein attraktives Bildungswesen.» Deshalb sei es für ihn eher unverständlich, dass man sich dagegen so wehrt. Als bekennender Couchepin-Fan gibt Andreas Dummermuth zu, dass das Finanzfiasco unter der früheren Departementsleitung noch verheerender wäre. «Pascal Couchepin hat früh gesagt, dass es so nicht weiter gehen kann und die Sozialversicherungen in den Kollaps steuern.» Im kurzen Podiumsgespräch zwischen Befürworter Christoph Weber (FDP-Kantonsrat aus Schwyz) und André Rüeeggsegger (SVP-Kantonsrat Brunnen) waren die bekannten Fakten zu hören. Für Christoph Weber ist die befristete Anhebung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentsätze schmerzhaft aber notwendig. André Rüeeggsegger meinte, dass diese Anhebung eine durchschnittliche, vierköpfige Familie 1000 Franken im Jahr koste. Alt-Ständerat Hans Bisig bemerkte den Rechenfehler und fragte die Versammlung, welche Schwyzer Durchschnittsfamilie wohl jährlich 250 000 Franken umsetze? Die Ja-Parole fiel deutlich aus. 68 Delegierten sagten Ja, 8 Nein (bei 3 Enthaltungen).

E-Gouvernement-Gesetz ist notwendig

Über den Verzicht der Einführung der allgemeinen Volksinitiative fassten die Delegierten mit 71:4 (4 Enthaltungen) die Ja-Parole. FDP-Kantonsrätin Petra Steimen aus Wollerau unterliess es aber nicht, dass diese Aufhebung vor der Inkraftsetzung eigentlich ein peinliches, aber eben notwendiges Unterfangen sei. Ein klarer Fall war schliesslich das von FDP-Kantonsrat Kuno Kennel aus Arth vorgestellte Gesetz über das E-Gouvernement im Kanton Schwyz. Es handle sich dabei nur um ein schlankes Rahmengesetz, welches die Beziehung zwischen Staat, Wirtschaft und Bürger dank den heutigen Möglichkeiten des Internets erheblich vereinfache. Michael Tschümperlin von der FDP der Gemeinde Schwyz kritisierte, dass es dafür überhaupt ein Gesetz brauche. Aus Sicht von Kuno Kennel ist der Fall klar. Es gehe auch darum, dass alle Gemeinden gebunden werden können. «Es darf nicht passieren, dass nicht alle Gemeinden über das gleiche Angebot verfügen.» Die Delegierten sahen diese massgeblich von der FDP initiierte Vorlage als sinnvoll und fassten mit 78:1 die Ja-Parole. Das genau gleiche Resultat gab es schliesslich

auch bei der von FDP-Kantonsratspräsident Christoph Pfister (Tuggen) vorgestellten Totalrevision des Enteignungsgesetz. Das Alte stammt aus dem Jahre 1870 und hat ein liberales und zeitgemässes Facelifting erhalten.

Würdigung von Meinrad Bisig

Die Einsiedler Kantonsrätin Doris Kälin und ihr Arther Ratskollege würdigten zum Abschluss der DV den im Frühling zurückgetretenen Kantonsrat Meinrad Bisig aus Einsiedeln. Dies sei eher ungewöhnlich, erklärte Parteipräsident Vincenzo Pedrazzini einleitend. «Aber im Falle von Meiri Bisig völlig gerechtfertigt.» Nach 14 Jahren im Bezirksrat Einsiedeln (darunter vier Jahren als Bezirksamman) und zuletzt neun Jahren im Kantonsrat ist Meinrad Bisig einer der engagiertesten und beliebtesten Politiker des Kantons. Ganz vom Politparkett hat er sich aber noch nicht verabschiedet. Er bleibt der FDP-Geschäftsleitung mit seinem profunden Wissen und dem gesunden, liberalen Verstand erhalten.

Text: Roger Bürgler



FDP und SVP kreuzten die IV-Klingen. Christoph Weber (Mitte) und André Rügsegger (links) zusammen mit Moderator und Chef der Schwyzer Ausgleichskasse Andreas Dummermuth.

Bild: Roger Bürgler